



PRESSEMITTEILUNG

zu den jüngsten Entwicklungen der FES
vom AStA der FH Potsdam

Potsdam, 17. Juli 2017

An dieser Stelle halten auch wir es für angebracht unsere Position zu den aktuellen Geschehnissen an dem ehemaligen Standort der FH am Alten Markt, im folgenden als FES (Standort Friedrich-Ebert-Straße) benannt, darzulegen. Grundlegend positionieren wir uns klar gegen den Abriss der FES und handeln damit im Sinne der Studierendenschaft, die diesen Beschluss in der Vollversammlung am 17. Mai 2017 gefasst hat.

Wir beobachten eine Entwicklung, bei der sich die Fronten aller Beteiligten verhärten und weitere kleine Stufen auf der Eskalationstreppe erklommen werden, obwohl alle genau dies verhindern wollen. Dies äußert sich für uns in den folgenden Punkten:

Seitens der Besetzer*innen gab es in dem offenen Brief an die Hochschulleitung die klare Formulierung, dass die Aufrechterhaltung des konventionellen Betriebes große Priorität habe und diese gewährleistet wird. Diese ist durch die vorschnelle Handlungsweise der Hochschulleitung jedoch zunichte gemacht worden. Wir fordern eine Klärung, wie und warum diese Entscheidung getroffen wurde.

Es stimmt uns traurig, dass sich gerade regionale Medien nur sehr oberflächlich mit dem Kernthema befassen und den Kontext verreißen. Im Kern steht eine Beschlussfassung, welche vor Jahrzehnten und ohne die direkte Beteiligung von Bürger*innen gefasst wurde, in der eine behutsame Annäherung an das historische Stadtbild festgehalten wurde. Bezieht man dies auf die städtebauliche Situation am Alten Markt, der durch die Errichtung des Stadtschlusses und des Barberini-Palastes als Stadtplatz erlebbar gemacht wurde, stellt sich nun folgende Frage: Inwieweit kann dieser Beschluss dazu dienen, bestehende, funktionierende und für die Öffentlichkeit relevante Gebäude in der Stadt abzureißen und den radikalen Umbau voranzutreiben, der vor allem die Verdrängung von Menschen mit spärlichem Einkommen zur Folge hat?

Dass nun vor allem junge Menschen Energie dafür aufbringen, für den Erhalt eines solchen Gebäudes einzustehen und einen veralteten Beschluss zu kritisieren bewundern wir sehr und ist auch in unseren Augen damit verbunden, dass zum Zeitpunkt der Beschlussfassung die meisten nicht in dem Alter waren, sich mit dieser Thematik tiefgreifend zu befassen. Zudem gibt es ein neues Meinungsbild aufgrund vieler Weg- und Zuzügler*innen, dass nun noch einmal neu berücksichtigt werden muss. Es ist völlig falsch den Widerstand als eine linke Trotzhaltung zu verbuchen, die es der Politik zeigen wollen. Eine Stadtpolitik, die einen solchen Protest, inklusive eines legitimen Bürgerbegehrens ablehnt, raubt sich selbst jegliche Legitimität eines demokratischen Handelns. Wir wünschen daher, dass nicht nur die immer wieder angeführten Gespräche mit den Interessengruppen stattfinden, sondern auch weiterführend diese in die Entscheidungsprozessen einbezogen bzw. zumindest bei diesen auch ernsthaft berücksichtigt werden und das ganze zu keiner hohlen Phrase verkommt. Diese Aussage fußt auf den jüngsten Erfahrungen, wie mit der Beteiligung in solchen Prozessen umgegangen wird.

Entgegen der Meinung anderer, sind nicht nur bei den Aktionen um die FES, sondern auch bei der Besetzung und dem Renovierungsversuch Studierende der FHP beteiligt gewesen, die nun, durch die Entscheidung der Hochschulleitung gegen die Beteiligten Strafanzeige zu stellen, unter Repressalien leiden. Dabei wurde auch gegen jene Anzeige erstattet, denen zuvor Straffreiheit versprochen wurde, wenn sie die entsprechende Aktion sofort abbrechen. Wir, besonders als Studierendenvertretung, fordern deshalb an dieser Stelle, dass die Strafanzeigen gegen alle Personen aufgehoben werden und von einer Verurteilung abgesehen wird. Zudem dürfen die beteiligten Studierenden keine weiteren Repressalien innerhalb der Hochschule befürchten müssen. Zudem bieten wir den betroffenen Studierenden der FHP die Möglichkeit an, sich über uns Hilfe zu organisieren, um ihre juristischen Interessen zu vertreten, sollte es wieder Erwarten kein Einlenken seitens der Hochschulleitung geben.

Auch die nun kürzlich unterbundene Renovierung bzw. die Neufassung einer Musterachse der Fassade bedarf in unseren Augen einer sensiblen Deutung. Natürlich kann darin eine Sachbeschädigung gesehen werden, bei der fremdes Eigentum gegen den Willen der Eigentümer renoviert wird. Auf der anderen Seite scheint es eine Lappalie zu sein, wenn man an die Rechtskraft des Abriss-Beschlusses glaubt. Gegen das Anstreichen eines Gebäudes vorzugehen, welches demnach zeitnah verschwindet, gleicht der Verweigerung des Herrichtens eines Leichnams vor der letzten Ruhe. Vielmehr scheint sich dort die Angst zu zeigen, dass beim Anblick der im neuen Glanz erstrahlenden FES die Meinung der Potsdamer*innen umschlagen könnte.

Entsetzt waren wir beim Anblick und der Schilderung von Beteiligten, mit welcher Gewalt seitens der Polizei an einigen Stellen gegen die unterstützenden Menschen bei beiden Aktionen vorgegangen wurde. Nie lag eine Bedrohungslage vor, die Pfefferspray, Schmerzgriffe oder ähnliche Maßnahmen erfordert hätten. Auch das Vorgehen eines Polizisten, der durch das Zerren am Kletterhelm eines Streichers am Sonntag mutwillig Personenschaden in Kauf genommen hat, verurteilen wir klar.

Das als eine weitere Folge der gesamten Entwicklung der KEHRAUS nicht wie geplant stattfinden kann, der unseren endgültigen und feierlichen Aus- und Umzug vom ursprünglichen zum neuen Standort zelebrieren sollte, halten wir aus Sicht der Studierenden und aller Beteiligten für untragbar, sehr traurig und enttäuschend. Nun sollte die Energie aber nicht aufgebracht werden um die Schuldfrage zu beantworten, sondern vielmehr eine Feierlichkeit zu ermöglichen, die trotz der jüngsten Entwicklungen eine Einbeziehung der FES im bestmöglichen Rahmen zur Folge hat.

Wir wollen uns an dieser Stelle anbieten ein überparteiliches Treffen einzuberufen und zu organisieren bei der eine externe und neutrale Moderation einbezogen wird. Dort soll allen Beteiligten die Möglichkeit geboten werden, einen neuen Lösungsansatz (Änderung der derzeitigen Beschlussfassung + Neuansatz zur Stadtmitte) zu finden und Unklarheiten aus dem Weg zu räumen, die durch medialen Enthusiasmus (falsche Gerüchte um Asbest-Belastung) oder den Buschfunk (Vorwürfe gegen die Hochschulleitung) verbreitet wurden.

Der Allgemeine Studierendenausschuss der FH Potsdam